

Überlegungen zur Forderung nach einer staatlichen Parteienfinanzierung

Parteienfinanzierung – die Vergangenheit subventionieren?

Alle Jahre wieder wird in der Schweiz das Thema der staatlichen Parteienfinanzierung neu lanciert. So auch nach dem Rücktritt von FDP-Präsident Rolf Schweizer. Es erstaunt nicht, dass nach dem überraschenden Rücktritt des FDP-Präsidenten auch führende FDP-Politiker nach Professionalisierung rufen und damit der Forderung nach einer staatlichen Finanzierung der politischen Parteien Nachdruck verleihen. Gefordert ist jedoch keine weitere Diskussion über die Finanznot der Parteien oder deren Spitzenfunktionäre, sondern endlich eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Stellung und Struktur der politischen Parteien selbst

Von Nationalrat Peter Weigelt, FDP St.Gallen

Die politischen Parteien in der Schweiz entstanden, wie Gruner treffend formuliert, als Kinder der Volksrechte. In der Regel schlossen sich die Kampfgruppen der in der Legislative der Kantone untervertretenen politischen Opposition zu Parteien zusammen und versuchten mit Referendum und Veto die Verfassungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Eigentliche Wellen von Parteigründungen lösten dabei der Kampf um den Sonderbund und das Ringen um den Bundesstaat aus. Entsprechend diesen Problemlagen bilden denn auch der Föderalismus- und der Konfessionskonflikt bis heute traditionelle Unterscheidungsmerkmale einzelner kantonaler Parteiensysteme. Eine dritte, nun klassenkämpferische Frontstellung entwickelte sich in den industrialisierten Regionen mit den ersten sozialdemokratischen Parteien.

Politisches Orientierungssystem verliert an Integrations- und Überzeugungskraft

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich die politische Konkurrenz immer wieder sich verändernden Voraussetzungen angepasst. Protestparteien und Alternativbewegungen thematisierten neue Fragestellungen und fanden ihre Nischen in der politischen Diskussion sowie in den Parlamenten. Verändert hat sich aber auch die gesellschaftliche Verankerung einzelner traditioneller Parteien. So konzentriert sich die sozialdemokratische Partei als ehemals klassische Arbeiterpartei auf die Vertretung der Interessen eines gut ausgebildeten und wohlhabenden, in der Regel in Abhängigkeit zu staatlichen Institutionen stehenden Mittelstandes. Gewerbliche und bäuerliche Kreise finden ihre politische Heimat zunehmend nicht mehr in den beiden grossen bürgerlichen Parteien, sondern bilden die Basis der nationalen Verankerung der Schweizerischen Volkspartei.

Unübersehbar ist aber, dass sich trotz dieser Veränderungen an den Grundstrukturen unseres Parteiensystems kaum etwas geändert hat. Die auf dem Konfessions-, Föderalismus- und dem Klassenkonflikt aufgebaute Parteienlandschaft eignet sich nach wie vor als Orientierungshilfe für die Lösung von Verteilungsfragen. Im Kampf um die öffentlichen Gelder lassen sich Sieger und Verlierer ausmachen,

die sich mit traditionell gegenseitig in Opposition stehenden Gruppierungen decken. In der Umweltpolitik, der Frauenemanzipation, der Überfremdungsfrage oder der Integrationspolitik verlaufen jedoch die Gegensätze nicht mehr entlang der sozialen Klassen, sondern quer durch die alten Konfliktfronten der traditionellen Parteien und Verbände. Das bestehende politische Orientierungssystem verliert damit an Integrations- und Überzeugungskraft und ist damit nicht nur Teil, sondern gleichzeitig Ursache der gesellschaftlichen und politischen Blockierung der Schweiz.

Die Parteien in der direkten Demokratie

Während die Wahlen als Aktionsfeld auf Parteien und parteiähnliche Gruppierungen zugeschnitten sind, stehen die direktdemokratischen Wirkungsrechte gleichermassen auch den Wirtschaftsverbänden, den organisierten Interessen, ad hoc Komitees und wirtschaftlichen Unternehmen offen. Anders als im parlamentarischen System verfügen die etablierten Parteien über kein „Anbieter-Monopol“, im parlamentarischen Prozess nicht berücksichtigte Anliegen können über das Initiativrecht vor das Volk gebracht werden. Die direkte Demokratie ist eine bewusste Absage an die Parteiendemokratie und gesteht dem Sachverstand der Interessenorganisationen eine grundsätzlich positive Funktion im Rahmen der politischen Entscheidungsfindung zu. Parteien und Verbände sind Teilbereiche des Interessenvermittlungssystems und damit Elemente einer Arbeitsteilung.

Die direkte Demokratie hat aber nicht nur Konsequenzen auf das Verhältnis von Parteien und Interessenorganisationen. In einem System permanenter Abstimmungskämpfe kommt den Medien bei der Vermittlung politischer Inhalte eine zentrale Bedeutung zu. Dies gilt ganz besonders in einem Umfeld, das die politische Fernseh-Information auf nationaler Ebene in einer staatlich geschützten Anstalt monopolisiert. Peter Bodenmann hat denn auch ermittelt, dass alleine die TV-Berichterstattung über die selektiv verbreitete Nachricht seines Rücktrittes als Parteipräsident „in Werbezeit umgerechnet den Wert eines kleinen Einfamilienhauses erreicht“ hat. Zählt man die exklusiv bediente Sonntags-Zeitung, die Radiobeiträge und die nachziehenden Tageszeitungen dazu, verhalf die mit einzelnen Redaktionen abgesprochene Inszenierung zu kostenlosen Auftritten, für die seine Konkurrenz weit über eine halbe Million investieren müsste.

Die Ablehnung oder Annahme einer Vorlage in einer Volksabstimmung ist das Produkt eines hochkomplexen Meinungsbildungsprozesses. Vieles deutet dabei darauf hin, dass weniger die bezahlte politische Werbung als vielmehr die redaktionelle Berichterstattung und die Darstellung eines Problems durch die Medien in der Lage sind, die Bürger in ihrem Stimmverhalten zu beeinflussen. Bezeichnenderweise haben denn auch weite Kreise der Bevölkerung keine Ahnung von den Abstimmungsempfehlungen der politischen Parteien.

Parteien subventionieren ?

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, dass die politischen Parteien in der direkten Demokratie nur ein Element der politischen Willensbildung unter anderen sind. Jede staatliche Subventionierung einzelner „Marktteilnehmer“ führt zu einer

unerwünschten Privilegierung einzelner Gruppierungen und damit zu einer Verfälschung des freien Willens der Stimmbürger. Dies gilt ganz besonders, wenn man sich vor Augen hält, dass bei Volksabstimmungen in der Regel die Regierungsparteien und die Exekutiven die gleiche Lösungsvariante unterstützen. Die öffentliche Subventionierung der Abstimmungskosten der politischen Parteien überhöht die Vorteile der Regierungsparteien zulasten der fast immer aus einer Minderheitsposition heraus operierenden Referendums- und Initiativkomitees.

Es versteht sich von selbst, dass ein Abstimmungsergebnis nicht nur durch die Mittel der öffentlichen Hand, sondern auch durch private Interessenorganisationen und die Medien beeinflusst wird. Das schweizerische System okkasioneller Opposition durch Referenden und Initiativen setzt neben engagierten Bürgern bedeutende finanzielle Mittel voraus. Bereits das Sammeln der notwendigen Unterschriften kann in der Regel ohne den Einsatz grösserer Geldbeträge kaum bewältigt werden. Der Abstimmungskampf zwingt zu finanzierter Werbung und damit zur Mittelbeschaffung bei Direktinteressierten. Die Erfolgsquote der von den etablierten Parteien in den Abstimmungskämpfen vertretenen Positionen deutet aber darauf hin, dass weniger diese Organisationen als vielmehr die kleinen politischen Gruppierungen durch die finanziellen Rahmenbedingungen benachteiligt werden. Der Anspruch aller Bürger mit den grundsätzlich gleichen Beteiligungsmöglichkeiten an der staatlichen Willensbildung teilzunehmen verbietet die einseitige Privilegierung der Parlamentsparteien. Die Unverfälschtheit der Willenskundgabe der Bürgerschaft bei Abstimmungen kann nicht durch Massnahmen der staatlichen Parteienfinanzierung sichergestellt werden. Denkbar ist einzig, dass die Parteien im Bereich spezifischer Funktionskosten wie der Führung von Fraktionssekretariaten oder der Mitarbeit in staatlichen Kommissionen besser entschädigt werden.

Abzulehnen ist jede Form der staatlichen Unterstützung, die sich am parteimässigen Status quo und damit an der Vergangenheit orientiert. Für die Zukunft des parlamentarischen Systems ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob es gelingt, das Parteiensystem den gesellschaftlichen Wandlungen anzupassen. Weder der Schutz der traditionellen Parteien noch die finanzielle Unabhängigkeit der Parteifunktionäre, sondern der Wandel der Parteienlandschaft, die Auseinandersetzung mit den Problemen der Mediokratie und die radikale Hinterfragung der traditionellen Vereinsbürokratie sind die entscheidenden Parameter des Strukturwandels unseres Parteiensystems.